



Auszug aus dem substantziellen Protokoll 109. Ratssitzung vom 25. September 2024

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2024/27, 2024/413, 2024/414, 2024/415 und 2024/432

3747. 2024/27

Postulat von Jehuda Spielman (FDP), Patrick Tscherrig (SP) und Benedikt Gerth (Die Mitte) vom 24.01.2024:

Entsorgungs- und Recyclingangebot für Sperrgut in sämtlichen Quartieren

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2024/27, 2024/413, 2024/414, 2024/415 und 2024/432

***Jehuda Spielman (FDP)** begründet das Postulat GR Nr. 2024/27 (vergleiche Beschluss-Nr. 2767/2024): Als wir das Postulat im Januar 2024 einreichten, ahnte ich nicht, welche Brisanz das Thema annehmen würde. Als die Stadt vor kurzem die Streichung der Entsorgungscoupons mittels Medienmitteilung kommuniziert hat, entstand medial, politisch und in der Bevölkerung ein regelrechter Aufstand. Ob es politisch und kommunikativ richtig war, eine solch kontroverse Massnahme ohne Konsultation des Gemeinderats und Anhörung der Öffentlichkeit festzulegen, ist fraglich. Dazu kommt, dass nicht zeitgleich eine gute Alternative angeboten wurde. Die Sperrgutentsorgung – gleich wie die Entsorgung von Haushaltsabfällen – sollte nach dem Verursacherprinzip finanziert werden. Das ist die fairste Lösung und im kantonalen Gesetz so vorgesehen. Das bisherige System mit den Graticoupons kann hinterfragt werden. Bei der öffentlichen Hand sind wir für Kostentransparenz. Werden solche Coupons abgeschafft, muss der Stadtbevölkerung eine praktische Alternative angeboten werden. Die heutige Mitteilung der Stadt, sie werde weitere Standorte für mobile Recyclinghöfe einführen, ist ein guter Schritt in dieselbe Stossrichtung wie unser Postulat. Uns ist diese Lösung jedoch nicht praktisch und flexibel genug, speziell für Menschen ohne Auto. Dass die mobilen Recyclinghöfe weiterhin komplett kostenlos sein sollen, ist ökologisch und ökonomisch nicht sinnvoll. Die Coupons waren für viele Menschen in der Stadt auch keine praktische Lösung, vor allem für Haushalte ohne Auto. Wollen diese etwas Grösseres entsorgen, haben sie drei Optionen. Der Transport zu einem der beiden Recyclinghöfe in der Stadt mit dem Öffentlichen Verkehr (ÖV) ist mühsam. Dasselbe gilt für die mobilen Recyclinghöfe, die selten geöffnet sind. Die letzte Option stellt die Abholung durch Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) dar. Diese kostet mindestens 86 Franken, muss 10 Tage im Voraus reserviert werden*



und ist damit für ein einzelnes Möbelstück nicht sinnvoll. Für dieses Szenario fordert unser Postulat die Prüfung einer besseren, flexibleren, moderneren Lösung. Jeder Bewohner in allen Quartieren sollte die Möglichkeit haben, einzelne Sperrgutartikel zu entsorgen, ohne sie durch die halbe Stadt tragen zu müssen. Man sollte keine zehn Tage vorher buchen oder einen Monat bis zum nächsten Termin warten müssen. Unsere Vorstellung geht nicht dahin, dass die Stadt überall neue Recyclinghöfe baut. Ein gesunder Mix ist notwendig. Ich stelle mir eine ähnliche Lösung wie bei «Züri wie neu» vor: Man macht ein Bild des zu entsorgenden Möbelstücks, gibt die ungefähre Grösse an, zahlt per Twint und innerhalb von 24 Stunden wird es abgeholt. Ein solches Angebot wäre selbstverständlich nicht für eine ganze Wohnungsräumung geeignet. Könnte die Stadt eine flächendeckende, unkomplizierte Lösung anbieten, die kein Vermögen kostet, können die Entsorgungscoupons gestrichen werden. Erst braucht es aber diese Lösung.

Johann Widmer (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 7. Februar 2024 gestellten Ablehnungsantrag zu Postulat GR Nr. 2024/27: *Das Postulat ist gut gemeint, aber leider nicht gut. Beim Sperrgut wurden die Coupons gegen die wilde Entsorgung, die die Stadt relativ gut im Griff hat, eingeführt. Die Sperrgutentsorgung an zentraler Stelle funktioniert ausgezeichnet. Auch schwere Möbel können dort einfach entsorgt werden. Das Postulat fordert eine Dezentralisierung. Vor Ort wird oft die Zufahrt erschwert und kein Parkplatz vorhanden sein. Diese unmögliche Idee in jedem Quartier umzusetzen, ist übertrieben. Dies wird dazu führen, dass viele Menschen ihr Sperrgut einfach ein paar Häuser weiter deponieren.*

Martin Bürki (FDP) begründet das Dringliche Postulat GR Nr. 2024/413 (vergleiche Beschluss-Nr. 3620/2024): *Als ich die Medienmitteilung zur Abschaffung der Coupons las, konnte ich es kaum fassen und schrieb dieses Postulat. Dass dieses Thema solche Wellen schlagen würde, hatte ich nicht erwartet. Die Entsorgung von Sperrgut befindet sich im Umbruch. Im Hagenholz kann dieses nicht mehr abgegeben werden, dafür gibt es die neuen Recyclinghöfe Looächer und Werdhölzli. Dazu kommen elf Standorte mit Cargo-Trams und acht mobile Recyclinghöfe. Dies klingt gut, funktioniert in der Praxis aber nicht wirklich. Die Recyclinghöfe haben am Montag von 7.00 bis 17.00 Uhr geöffnet. In dieser Zeit arbeiten die meisten. Übrig bleibt der Samstag zwischen 7.30 und 14.00 Uhr. Rechnen wir Anfahrt, Anstehen, Abgabe und Rückweg zusammen, ist jemand schnell einmal für drei bis vier Stunden beschäftigt. Der mobile Entsorgungshof am Bürkliplatz ist am Mittwoch von 15.00 bis 19.00 Uhr geöffnet, das Cargo-Tram in Wollishofen jeweils einmal im Monat am Montag von 17.00 bis 19.00 Uhr. Zu den Cargo-Trams kann nicht mit dem Auto geliefert werden. Für rund 80 Franken könnte der Abholdienst bestellt werden. Es kann jedoch gut sein, dass bis zur Abholung andere Personen ihr Sperrgut auch dazustellen. Heute traf die Medienmitteilung ein, dass 30 weitere Standorte eröffnet werden sollen. Es freut mich, dass der Stadtrat vorwärts und einen Vorschlag macht. Aber weshalb bauen wir nicht erst um und schaffen die Gutscheine danach ab? Entsorgung soll nicht gratis, jedoch vernünftig geregelt sein. Der Stadtrat argumentiert, dass 50 Prozent der Haushalte über kein Auto verfügen. An einem dezentralen Angebot wird deshalb gearbeitet. Als zweites Argument wird das Verursacherprinzip aufgeführt. Im Widerspruch*



dazu: Aktuell kann bei den Cargo-Trams kostenlos entsorgt werden, im Recyclinghof nicht. Ich appelliere, die Gutscheine erst abzuschaffen, wenn eine neue Lösung vorliegt. Eine Idee wäre die Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Simone Brander: *Die Entsorgungsgutscheine waren sympathisch, ihre Abschaffung löste Emotionen aus. Die Fakten zeigen jedoch, dass der bisherige Weg nicht der richtige war. Der einfache Grundsatz im nationalen Umweltschutzgesetz besagt, dass der Verursacher oder die Verursacherin für die Entsorgung aufkommen soll. Ist etwas gratis, zahlt man auf andere Art dafür: Entsorgte jemand in der Vergangenheit mit Coupons, kam diese Person über die Abfallgrundgebühr dafür auf. Diese zahlten auch Gewerbetreibende, wobei diese keine Coupons erhielten. Auch viele Haushalte zahlten für etwas, was sie nie benutzten: Es wurden nur rund zehn Prozent aller Gutscheine eingelöst. Wer mehr konsumierte, entsorgte also auf Kosten derer, die weniger konsumierten. Wir schaffen mit diesem Schritt kein Angebot ab: Weiterhin kann im Recyclinghof entsorgt werden – neu jedoch für Fr. 22.70 pro Anlieferung bis 100 Kilogramm. Das Postulat GR Nr. 2024/27, das die Entsorgung von Sperrgut ohne Auto fördern möchte, will der Stadtrat im Gegensatz zu den anderen Postulaten entgegennehmen. Heute Morgen beschloss der Stadtrat genau dies: den Ausbau der mobilen Entsorgungsstellen. Künftig wird es gegen 30 solcher Stationen in der ganzen Stadt geben, wenn der Gemeinderat dies unterstützt. Die mobilen Recyclinghöfe sind am Abend bis um 19.00 Uhr geöffnet. Laut dem Postulat GR Nr. 2024/413 sollen die Coupons beibehalten werden, bis gute Ersatzangebote vorhanden sind. Es wird bemängelt, dass es nur zwei Recyclinghöfe gibt und Cargo- sowie E-Trams nicht in alle Quartiere kommen. Mit den mobilen Recyclinghöfen tragen wir diesem Anliegen Rechnung. Wer wenig zu entsorgen hat, kann dies künftig im Quartier vornehmen. Den Preis für eine grössere Menge erachten wir im Gegensatz zur FDP nicht als teuer. Er stammt aus der Verordnung über die Abfallbewirtschaftung (VAZ), die vom Gemeinderat im Februar 2022 verabschiedet wurde. Wir sind gerne bereit, diese Gebühren zu prüfen; so ob beispielsweise eine kleinere Stückelung möglich ist. Die Abgabe von Karton, Papier, Elektrogeräten, PET-Flaschen und Glas ist schon kostenlos. Diese werden vor der Haustüre abgeholt oder können am Container entsorgt werden. Die Entsorgungskosten wurden in letzter Zeit gesenkt. Der Preis für einen Züri-Sack sank um rund 25 Prozent, die Grundgebühr von regulär 80 Franken auf 22 Franken. Im Jahr 2027, wenn die Reserve aufgebraucht sein wird, soll die Gebühr wieder erhöht werden. Um wie viel sie erhöht wird, hängt auch mit dem künftigen Umgang mit den Coupons zusammen. Wie sinnvoll es ist, das Postulat zu überweisen, ist deshalb fraglich. Dasselbe gilt für den Vorstoss GR Nr. 2024/414, der die quartiernahe Entsorgung ausbauen, die Coupons aber beibehalten will. Wie gesagt, kann auch weiterhin mit vollem Auto in den Recyclinghof gefahren und der Kofferrauminhalt für Fr. 22.70 entsorgt werden. Die Postulanten befürchten, die illegale Entsorgung werde zunehmen. ERZ sammelt heute trotz Coupons 500 Tonnen illegal deponierte Abfälle pro Jahr ein. Dank*



*detektivischem Spürsinn lassen sich die illegalen Entsorger*innen in vielen Fällen eruieren. Dies wird teuer für die Beschuldigten. Pro Jahr reicht ERZ 1000 Strafanzeigen ein. Ich plädiere dafür, der Bevölkerung keine grössere kriminelle Energie zu attestieren, nur weil es keine Coupons mehr gibt. Zürcher*innen entsorgen in den allermeisten Fällen auf ehrliche und anständige Art. Weiter komme ich zum Postulat GR Nr. 2024/415. Wie erwähnt, werden nur zehn Prozent der Coupons eingelöst. Viele Haushalte bezahlen für wenige. Die Postulant*innen schreiben, sehr sperrige Gegenstände müssten mit dem Auto entsorgt werden. Dies ist weiterhin möglich, wenn auch künftig unter Beachtung des gesetzlich verankerten Verursacher*innenprinzips. Der Abholservice von ERZ stellt das letzte Netz dar, wenn jemand Sperrgut nicht selbst entsorgen kann. Die Rechnung der AL ist nicht korrekt. Sie geht von einem Stundenansatz von 346 Franken aus. Dies klingt tatsächlich hoch, jedoch sieht die Rechnung anders aus: Für 86.50 Franken kommen drei Mitarbeitende mit Lastwagen vorbei. Die ersten 15 Minuten Ladezeit sind in der Gebühr inbegriffen. In diesen laden sie locker den Inhalt einer 2,5-Zimmer-Wohnung ein. In den meisten Fällen könnt ihr also eure Nachbar*innen fragen, ob sie auch noch etwas vor die Tür stellen möchten. Ein zweites Fahrzeug sammelt separat Metall, Grubengut und Elektrogeräte ein. Tatsächlich sind 86.50 Franken viel, möchte jemand nur einen einzelnen Gartenstuhl entsorgen. Tun sich mehrere Haushalte zusammen, sinkt der Preis für die einzelnen. Der Preis ist kostendeckend kalkuliert und umfasst die Löhne und Sozialleistungen mehrerer Angestellten, die Fahrzeug-, Treibstoff- und eigentlichen Entsorgungskosten. Es gibt zahlreiche private Räumungsfirmen. Es wäre nicht korrekt, wenn die Stadt über künstlich vergünstigte Angebote deren Arbeit gefährden würde. ERZ beschränkt sich mit dem Angebot auf einen kleinen Teilbereich und bedrängt die Privaten nicht. Zum Postulat GR Nr. 2024/432 beantragt der Stadtrat die Ablehnung. Die Coupons wurden kaum genutzt und führten zu einer Umverteilung von wenig Abfall produzierenden zu viel Abfall produzierenden Haushalten. Anstelle der Coupons bauen wir die mobilen Recyclinghöfe massiv aus. Die Abgabe wird dort weiterhin kostenlos sein. Die Gebühr wird von ERZ nur dort erhoben, wo entweder keine vorgezogene Gebühr beim Kauf anfiel oder es sich um PET, Elektrogeräte, Papier und Karton handelt. Wir unternehmen grosse Anstrengungen in den Bereichen Netto-Null und Kreislaufwirtschaft. Die Vermeidung von Abfall und Verringerung von Konsum sind wichtige Bausteine in unseren Klimazielen, die von einer grossen Mehrheit dieses Rats mitgetragen werden. 75 Prozent der Zürcher Stimmbevölkerung sagten Ja zu den Netto-Null-Zielen. Entsorgen gehört zum Leben und manchmal ist es wohltuend, entrümpeln zu können. Bitte bekennt euch zur Abfallvermeidung und haltet nicht an anachronistischen Entsorgungssubventionen fest.*

Stephan Iten (SVP) begründet das Dringliche Postulat GR Nr. 2024/414 (vergleiche Beschluss-Nr. 3621/2024): Die SVP befürwortet das neue Entsorgungskonzept des Stadtrats. Ich kann mich an Zeiten erinnern, als noch im Wald entsorgt wurde. Mit der Einführung der Coupons im Jahr 2003 nahm diese illegale Entsorgung ab. Mit den Coupons kann jeder selbst entscheiden, wann er entsorgen möchte. Auch die Koordination mit anderen ist möglich. Nun wird gesagt, die Coupons würden abgeschafft, weil eine Mehrheit der Zürcher Bevölkerung kein Auto mehr habe. Bei den Recyclinghöfen sind jedoch auch viele gemietete Autos zu sehen. Mobile Recyclinghöfe sind zwar gut, jedoch standort-



und termingebunden. Zudem dürfen sie bloss zu Fuss oder mit dem Velo besucht werden. Dass das Material an die Strasse gestellt und kostenpflichtig von ERZ abgeholt werden kann, ist nichts Neues. Doch auch mit diesem System ist man termingebunden. Stellt jemand das Material schon am Vorabend vor die Türe, könnt ihr euch ausmalen, wie es am nächsten Tag aussieht. Nicht vorstellen möchte ich mir, wie es an regulären Zügeltagen aussieht, wenn alle ihre Sachen auf die Strasse stellen. STR Simone Brander hat es gesagt: Gratis-Coupons sind nicht gratis. Für mobile Recyclinghöfe verlangt sie aber einmalig 4 Millionen Franken und wiederkehrend 1,6 Millionen Franken pro Jahr. Das ist ein Widerspruch. Auch im Recyclinghof können übrigens noch nutzbare Gegenstände zur Mitnahme durch andere hingestellt werden. Halten wir deshalb an den Gratis-Coupons fest, sodass jede Bevölkerungsgruppe Zugang zur Sperrgutentsorgung hat.

Christian Häberli (AL) begründet das Dringliche Postulat GR Nr. 2024/415 (vergleiche Beschluss-Nr. 3622/2024): *Wir haben von STR Simone Brander heute einige neue Fakten gehört, die wir in den Medienmitteilungen nicht lesen konnten. In diesen wurde verkündigt, die Entsorgungscoupons würden abgeschafft, um Entsorgungsfahrten zu verhindern. Heute wurde gesagt, nur zehn Prozent der Coupons seien genutzt worden. Auch die Art und Weise wurde nicht thematisiert. Die dezentralen Entsorgungsstellen, die geschaffen werden sollen, sind eine begrüßenswerte Massnahme. Ab Oktober 2024 gibt es diese monatlich in acht Quartieren. Ansonsten kann nicht mehr gratis entsorgt werden. Heute wurde nun bekannt gegeben, dass Standorte für 30 Stellen evaluiert werden, die ab dem Jahr 2026 bereitstehen sollen. Die letzten Entsorgungscoupons gibt es im Jahr 2025. Es existiert also eine Lücke im Projektplan. Die zusätzlichen Standorte sind keine geeignete Alternative für diejenigen, die umziehen, wenn das Cargo-Tram nicht im Quartier steht oder wenn sie die sperrigen Gegenstände nicht dorthin tragen können. Moniert wurde, die Stadt wolle den Zürcher*innen ohne Auto das Leben erleichtern. Damit sind wir selbstverständlich einverstanden. Die ökologische Wirkung der Entsorgungsfahrten wird jedoch überschätzt. Bei der Automiete handelt es sich um eine kollektive Nutzung einer Ressource und nicht um Autofahren im kapitalistischen Sinn. STR Simone Brander zeigte auf, wie wir uns verrechnet hätten. Dies war jedoch nicht unser Argument, sondern folgendes: Gibt es keine kostenlosen Coupons, sind mehr Leute darauf angewiesen, das Angebot der Abholung in Anspruch zu nehmen und davon sind einmal mehr jene mit kleinem Portemonnaie betroffen. Das vorgesehene Modell verletzt zudem das Gleichbehandlungsprinzip: Eine Entsorgung im Quartier ist gratis, jene im Entsorgungshof nicht.*

Benedikt Gerth (Die Mitte) begründet das Postulat GR Nr. 2024/432 (vergleiche Beschluss-Nr. 3672/2024): *Uns ist die Gleichbehandlung aller Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Zürich wichtig. Es darf nicht die eine Bevölkerungsschicht gegen die andere ausgespielt werden. Die Entsorgung an mobilen Standorten kann nicht kostenlos sein, während diejenige im Recyclinghof bezahlt werden muss. Entweder führt die Stadt die Gutscheine wieder ein und zahlt die gesparten Gelder den Nutzerinnen und Nutzern des ERZ zurück, beziehungsweise senkt künftig die Gebühren, oder sie führt auch für die mobilen Entsorgungsstationen Gebühren ein. Selbst wenn nur 10 Prozent der Coupons*



eingelöst wurden, deckten sie ein existierendes Bedürfnis. Entscheidend ist, dass alle gleichbehandelt werden und wir Rechtssicherheit haben. Das Solidaritätsprinzip kennen wir beispielsweise auch bei den Kitas, die alle für wenige zahlen.

Weitere Wortmeldungen:

Johann Widmer (SVP): *Die Eigenleistung des Bürgers, dass er seinen Müll an eine zentrale Stelle bringt, wird mit diesem Vorgehen gekippt. Nun werden vom Steuerzahler, auch wenn er nichts entsorgen will, 4 Millionen Franken verlangt. Mit Gleichbehandlung hat dies nichts zu tun. Der Steuerzahler zahlt zudem für die wenigen, die illegal entsorgen. Erlasst dem Bürger die Fr. 22.70, wenn er die Sachen selbst bringt, und spart dafür Transportkosten. Die dezentrale Lösung kostet viel und funktioniert nicht.*

Beat Oberholzer (GLP) stellt folgenden Textänderungsantrag zum Postulat GR Nr. 2024/413: *Die Forderung des Postulats GR Nr. 2024/27, das mehr mobile Recyclinghöfe möchte, wird von der Weisung mehr oder weniger abgedeckt. Diesem stimmen wir zu und werden die Frage der Finanzierung und Standorte im Rahmen der Weisung aufgreifen. Die vier nachfolgenden Postulate der Fraktionen FDP, SVP, AL und Die Mitte/EVP wollen alle die Coupons in der einen oder anderen Art beibehalten. Die allgemeine Empörung gegen den Entscheid des ERZ teilen wir. Weshalb das Vorhaben nicht weiter im Voraus angekündigt wurde, ist unverständlich. Eine solch unpopuläre Massnahme muss sorgfältiger und vielleicht schrittweise erfolgen. Im Grundsatz hätte man bestimmt einige Fraktionen für die Idee im Sinn der Kreislaufwirtschaft begeistern können. Wir schlagen eine Textänderung zum Postulat GR Nr. 2024/413 vor: Nach «Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, dass» würden wir «die» durch «zwei der vier» ersetzen. Sollte die FDP die Textänderung annehmen, könnte der Stadtrat das Gesicht wahren und die eingeschlagene Stossrichtung weiterführen, ohne die populären Coupons ganz zu streichen. Konsequenterweise lehnen wir die anderen Postulate ab. Das Verursacherprinzip ist sinnvoll. Die drei Schlüsse aus dem Äquivalenzprinzip finden wir nicht überzeugend.*

Christian Häberli (AL) stellt folgenden Textänderungsantrag zum Postulat GR Nr. 2024/432: *Das Wort «Äquivalenzprinzip» möchten wir durch den Begriff «Egalitätsprinzip» ersetzen. Diese Wörter bedeuten nicht dasselbe. Es geht um die rechtliche Gleichbehandlung bei den Annahmestellen von Sperrmüll.*

Dominik Waser (Grüne): *Ich bin über die riesige Debatte und das Gejammere zur im Grundsatz korrekten Entscheidung der Stadt konsterniert. Am bestehenden Angebot ändert sich nichts, ausser dass ein Fehlanreiz gestrichen wird. Wir lehnen dieses politische Theater ab. Das Postulat GR Nr. 2024/27 unterstützen wir, die anderen lehnen wir ab.*

Barbara Wiesmann (SP): *Die SP möchte die Kreislaufwirtschaft fördern. Es braucht Anreize, Gegenstände lange zu nutzen, zu reparieren und weiterzugeben. Die Entsorgungsgutscheine setzen falsche Anreize, bevorzugen Autofahrer*innen und führen zu unnötigen Autofahrten. Aus diesem Grund gehören die Coupons langfristig abgeschafft. Dass*



dies ab sofort und ohne Ersatz geschehen soll, finden wir schade. Vorher braucht es ein besseres Ersatzangebot, seien es Repair-Gutscheine, mehr Möglichkeiten in den Quartieren zu entsorgen oder andere Massnahmen. Der heutigen Medienmitteilung des Stadtrats konnten wir entnehmen, dass ab dem Jahr 2026 an bis zu 30 Standorten neue mobile Recyclinghöfe eingeführt werden sollen. Dies begrüssen wir sehr. Es ist im Sinn unseres Vorstosses GR Nr. 2024/27, der in allen Quartieren die Möglichkeit schaffen will, Sperrgut zu entsorgen. Neben ebendiesem unterstützen wir auch das Postulat GR Nr. 2024/413, das die Entsorgungsgutscheine bis zur Realisierung eines adäquaten Ersatzangebots beibehalten will. Alle anderen Postulate lehnen wir ab.

Martin Bürki (FDP) ist mit der Textänderung zu Postulat GR Nr. 2024/413 einverstanden: 3509 Menschen haben die Petition gegen die Abschaffung der Entsorgungscoupons unterschrieben. Die FDP hat entschieden, allen Postulaten zuzustimmen, auch wenn wir nicht jeden einzelnen Satz darin unterschreiben würden. Die anderen Postulanten bitte ich, uns dies gleichzutun. Die Textänderung der GLP nehmen wir an.

Stephan Iten (SVP): Wir wollen, dass auch die 10 Prozent weiterhin ihre Coupons im zentralen Recyclinghof einlösen dürfen. Diese Entsorgung kostet die Stadt viel weniger, wie wir der Medienmitteilung entnehmen konnten. Die mobilen Recyclinghöfe kosten einmalig 4 Millionen Franken plus 1,6 Millionen Kosten jährlich. Kreislaufwirtschaft will jeder, doch niemand setzt sie um. Was bei Artikeln «Gratis zum Mitnehmen» auf der Strasse übrig bleibt, muss von der Stadt eingesammelt werden – und kann selten zugeordnet und verrechnet werden. Uns geht es nicht um das Angebot, sondern den Preis. Weshalb sollte jemand gratis entsorgen dürfen, während der andere nichts entsorgen darf?

Das Postulat wird mit 95 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3748. 2024/413

Dringliches Postulat von Martin Bürki (FDP), Flurin Capaul (FDP) und Marita Verbali (FDP) vom 04.09.2024:

Verzicht auf die Abschaffung der kostenlosen Entsorgungs-Coupons bis zu einem praktikablen Ersatzangebot mit dezentralen Entsorgungsstellen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Dringliche Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2024/27, Beschluss-Nr. 3747/2024



8 / 10

Martin Bürki (FDP) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3620/2024).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Beat Oberholzer (GLP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, dass zwei der vier ~~die~~ kostenlosen Entsorgungs-Coupons mindestens so lange beibehalten werden, bis ein praktikables Ersatzangebot mit dezentralen Entsorgungsstellen geschaffen ist, die eine einfache Entsorgung auch für grosse und sperrige Gegenständen ermöglicht.

Martin Bürki (FDP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Dringliche Postulat wird mit 91 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3749. 2024/414

Dringliches Postulat von Stephan Iten (SVP) und Johann Widmer (SVP) vom 04.09.2024:

Aufrechterhaltung der kostenlosen Entsorgungs-Coupons ergänzend zu den neuen Entsorgungsangeboten

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Dringlichen Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2024/27, Beschluss-Nr. 3747/2024

Stephan Iten (SVP) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3621/2024).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Das Dringliche Postulat wird mit 47 gegen 61 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat



9 / 10

3750. 2024/415

**Dringliches Postulat von Christian Häberli (AL), Dr. David Garcia Nuñez (AL) und Tanja Maag (AL) vom 04.09.2024:
Verzicht auf die Streichung der kostenlosen Entsorgungscoupons und Senkung der Kosten für den Abholservice**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Dringlichen Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2024/27, Beschluss-Nr. 3747/2024

Christian Häberli (AL) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3622/2024).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Das Dringliche Postulat wird mit 47 gegen 61 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

3751. 2024/432

**Postulat von Benedikt Gerth (Die Mitte), Sandra Gallizzi (EVP) und David Ondraschek (Die Mitte) vom 11.09.2024:
Entsorgung grösserer Abfallobjekte, Einhaltung des Äquivalenzprinzips**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2024/27, Beschluss-Nr. 3747/2024

Benedikt Gerth (Die Mitte) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3672/2024).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Christian Häberli (AL) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen, wie bei der Entsorgung von grösseren Abfallobjekten nach Abschaffung der Gratisabgabe der ERZ-Gutscheine das ~~Äquivalenzprinzip~~ **Egalitätsprinzip** eingehalten werden kann, sei es durch Wiedereinführung der Gratisgutscheine, Rückerstattung der zusätzlichen Gelder an die Bevölkerung oder durch Einführung gleicher Gebühren für alle Entsorgungsformen (mobile Entsorgungsstationen und Cargo-Tram).



10 / 10

Benedikt Gerth (Die Mitte) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 34 gegen 73 Stimmen (bei 1 Enthaltung) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat